Sachstandsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Heinsberg

Amt	Besteht eine interkommunale Zusammenarbeit mit den Kommunen?	Wenn ja, welche?	Wenn nein, wird kein Bedarf gesehen bzw. in welchen Bereichen wäre eine Zusammenarbeit erstrebenswert?	Gibt es eine interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen?
Stabsstelle Recht und Kommunalaufsicht	ja	<p>Seit Dezember 2013 nutzt der Kreis Heinsberg den Vergabemarktplatz der Wirtschaftsregion Aachen. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit hat sich der Kreis Heinsberg dazu entschlossen, dass die Kommunen ihre eigenen Vergaben ebenfalls über diese Plattform kostenfrei abwickeln können. Von diesem Angebot machen bereits die nachfolgend aufgeführten Kommunen Gebrauch: Gemeinde Gangelt, Gemeinde Selfkant, Gemeinde Waldfeucht, Stadt Erkelenz, Stadt Geilenkirchen, Stadt Heinsberg, Stadt Übach-Palenberg, Stadt Wassenberg und Stadt Wegberg.</p> <p>Der Kreis zahlt für die Nutzung des Vergabemarktplatzes der Wirtschaftsregion Aachen nun monatlich etwa 200 € mehr als für die Nutzung des Vergabemarktplatz Rheinland. Da die Kommunen dieses Angebot aber nun kostenlos nutzen können und nicht wie zuvor selbst für einen Vergabemarktplatz zahlen müssen, ist dies im Rahmen der inter-</p>	<p>Eine weitere Ausdehnung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich des Vergabewesens ist auch im Interesse der Kommunen sinnvoll. Hierzu könnte ein regelmäßiger Austausch zwischen den Vergabestellen der Kommunen angeregt werden. Weiterhin scheint es sinnvoll, dass die Kommunen im Bieterinteresse die Auftragsvergabe bzw. Auftragsabwicklung einheitlich durchführen.</p>	<p><u>Vergabemarktplatz</u> Der Kreis betreibt im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit gemeinsam mit dem Kreis Düren, dem Kreis Euskirchen, der Stadt Aachen sowie der Städteregion Aachen den Vergabemarktplatz der Wirtschaftsregion Aachen. Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch zwischen den Beteiligten statt.</p> <p><u>Einheitlicher Ansprechpartner</u> Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie sieht ab 01.01.2010 die Einrichtung sog. Einheitlicher Ansprechpartner (EA) vor. Die Kreise Heinsberg, Düren, Euskirchen sowie die Städteregion Aachen haben auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung einen gemeinsamen Einheitlichen Ansprechpartner eingerichtet, der beim Kreis Düren verortet ist (siehe Sitzung des Kreistages vom 29.06.2010). Seitens des Landes wird derzeit überlegt, die</p>

		kommunalen Zusammenarbeit als sinnvoll anzusehen.		gegenwärtig den Kreisen und kreisfreien Städten übertragene Zuständigkeit auf Landesebene hochzuzonen. Die Gesetzesänderung soll ggf. im Jahr 2016 erfolgen.
Stabsstelle Demografischer Wandel und Sozialplanung	ja	<p>Seit der Einrichtung der Stabsstelle Demografischer Wandel und Sozialplanung im Jahr 2012 hat es insbesondere in den Aufgabenfeldern „Soziales“ und „Jugend“ einen regen Informationsaustausch und eine intensive Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Stellen der kreisangehörigen Kommunen gegeben. Im Rahmen der bereits eingerichteten Arbeitsgruppen/Arbeitsgemeinschaften des Amtes für Soziales und des Jugendamtes des Kreises mit den Städten und Gemeinden wurde auch die Stabsstelle Demografischer Wandel und Sozialplanung sachstandsbezogen eingebunden.</p> <p>Aktuell hat der Kreis unter Beauftragung von zwei Instituten der RWTH Aachen ein SOZIAL-MONITORING für das gesamte Kreisgebiet unter Betrachtung von fachlichen Einzelkomponenten in den Städten/Gemeinden des Kreises durchgeführt. Im August/September 2015 werden die Ergebnisse mit den Bürgermeistern erörtert. Um hier heraus eine weitere interkommunale Zusammenarbeit zu thematisieren, ist es Wunsch und Ziel der Stabsstelle Demografischer Wandel und Sozialplanung, dass hiernach zu diesem Aufgabenfeld eine langfristig angelegte, kontinuierlich tagende Arbeitsgruppe der Verwaltungspartner eingerichtet wird. Es ist davon auszugehen, dass hierdurch gemeinsam Strategien und Konzepte</p>	Im Rahmen der Durchführung des SOZIAL-MONITORINGS hat sich gezeigt, dass gerade im Zusammenhang mit einer schnelleren und besseren Datengenerierung eine Harmonisierung von EDV-Software-Verfahren dringend geboten ist.	Diese Zusammenarbeit ist beabsichtigt bzw. befindet sich im Aufbau. Das Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) ist am 16.10.2014 in Kraft getreten. Hierin wird in § 7 Abs. 2 bestimmt, dass die Planungen angrenzender Gebietskörperschaften beim Planungsprozess des Planungsträgers zu berücksichtigen sind. Des Weiteren haben die Planungsträger gemäß § 7 Abs. 3 APG NRW zur Umsetzung der Planung anderer Behörden, die über Entscheidungsbefugnisse bei der Gestaltung der kommunalen Infrastruktur verfügen, die Ergebnisse des Planungsprozesses mitzuteilen und mit diesen abzustimmen.

		entwickelt werden können, die – sofern diese umgesetzt werden und greifen – positive Auswirkungen auf die Haushalte der kreisangehörigen Kommunen und des Kreises selbst haben werden. Die mögliche Beantragung und Nutzung von Fördergeldern ist hierbei auch von besonderer Bedeutung.		
Haupt- und Personalamt (11)	nein	Das Haupt- und Personalamt pflegt einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den entsprechenden Amtsleitungen der Kommunen des Kreises. Dadurch werden z. B. einheitliche Vorgehensweisen im Interesse aller abgestimmt.	Der Bedarf einer interkommunalen Zusammenarbeit ist im Bereich der Personalabrechnung zweifellos gegeben, weil größere Fallzahlen eine effizientere Bearbeitung ermöglichen und der Administrationsaufwand nur in einem geringen Maße von den Fallzahlen beeinflusst wird. Gerade kleine und mittlere Kommunen würden von der interkommunalen Zusammenarbeit erheblich profitieren. Seitens des Kreises war angedacht, das beim Kreis zur Anwendung kommende Personalabrechnungsverfahren „LOGA“ gleichfalls auch für die Kommunen zu übernehmen, da dies aus Sicht des Kreises wirtschaftlicher sein dürfte. Die Verhandlungen sind gescheitert.	nein
Rechnungsprüfungsamt (14)	nein	Das Rechnungsprüfungsamt des Kreises betreibt seit vielen Jahren einen regelmäßigen fachlichen Austausch mit den Leitern der Rechnungsprüfungsämter der Kommunen (2 x jährlich).	In der Zeit von 2003 – 2008 hat das Rechnungsprüfungsamt des Kreises aufgrund öffentlich-rechtlicher Vereinbarung Aufgaben der Rechnungsprüfung von Baumaßnahmen und Ingenieurleistungen der Stadt Übach-Palenberg wahrgenommen. Durch Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement kann der technische Prüfer des Kreises diese zusätzliche Aufgabe bei der Stadt Übach-Palenberg nicht mehr wahrnehmen.	

			Es besteht derzeit kein erkennbarer Vorteil/Bedarf, die „Prüfungslandschaft“ im Kreis Heinsberg im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit neu zu organisieren.	
Amt für Finanzwirtschaft und Beteiligungen (20)	ja	<p><u>Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Heinsberg, der Stadt Heinsberg und der Gemeinde Seifkant im Bereich der MACH-Finanzsoftware</u></p> <p>Die seit vielen Jahren bestehende Zusammenarbeit erfolgt als sog. „Anwendergemeinschaft“, da diese 3 Gebietskörperschaften im Kreis Heinsberg die MACH-Finanzsoftware und einzelne Schnittstellen nutzen. Die Formen der Zusammenarbeit sind z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erfahrungsaustausch zu Anwendungsfragen - Projektbezogene Zusammenarbeit, z.B. SEPA-Umstellung, Einführung von Schnittstellen - Durchführung gemeinsamer Schulungsmaßnahmen - Gemeinsame Nutzung von Beratungsdienstleistungen zur Software, z.B. bei der Citkomm, einem kommunalen IT-Dienstleister - Gemeinsame Interessenvertretung gegenüber Beratungsdienstleistern wie Citkomm oder gegenüber dem Softwarehersteller <p><u>Zusammenarbeit zur Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF)</u></p> <p>Im Zuge der NKF-Einführung gab es zwischen 2006 und 2008 insgesamt 5</p>	<p><u>Einrichtung einer gemeinsame Vollstreckungsstelle</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - In der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz am 03.07.2012 hatte man sich dahingehend verständigt, die Vollstreckung als möglichen Bereich für eine interkommunale Zusammenarbeit näher zu betrachten. - Die mögliche Umsetzung dieses Themas hat sich im Nachgang hierzu als wenig praktikabel gezeigt. Auch eine Nachfrage beim Landkreistag NRW ergab, dass seinerzeit lediglich ein Kreis mit einigen wenigen Kommunen eine gemeinsame Vollstreckung eingerichtet hatte. - Der Kreis baut derzeit eine zentrale - im Amt für Finanzwirtschaft und Beteiligungen angesiedelte - Vollstreckungsstelle für seine eigenen Forderungen auf. Der hausinterne Aufbau wird derzeit vorangetrieben: Nach dem erfolgreichen Aufbau für den Bereich des Amtes für Soziales wird noch im Jahr 2015 der Aufbau auch für den Bereich des Jugendamtes angestrebt. Somit genießt die interne Umsetzung aus Kreissicht Priorität. 	<p>Die interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbarkreisen erfolgt im Bereich Finanzen insbesondere über den Landkreistag NRW. Weiterhin gibt es auch hier Beteiligungen zur Förderung der interkommunalen (regionalen) Zusammenarbeit, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer AGIT mbH (Wirtschaftsförderung), u.a. mit der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Düren und Euskirchen - EWW Energie- und Wasserversorgungsgesellschaft mbH, u.a. mit StädteRegion Aachen - Vogelsang ip gGmbH (zivile Nutzung der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang), u.a. mit der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Euskirchen und Düren - IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (insb. Unterstützung des Strukturwandels), u.a. mit der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Düren, Euskirchen, Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Kreis Neuss - Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen (Aus- und Fortbildung), u.a. mit der StädteRegion Aachen und dem Kreis Düren - Zweckverband Region Aachen

		<p>Erfahrungsaustausche auf Ebene der Kämmerer und im Bereich der Kämmerermitarbeiter, zum Zwecke des zentralen Austauschs in Umstellungsfragen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das Vermessungs- und Katasteramt des Kreises hat hierbei auch wesentliche Unterstützung für die kreisangehörigen Kommunen geleistet, um über das Geoinformationssystem GIS Inventur- und Bewertungsdaten, insbesondere für Grundstücke und Straßen, bereitzustellen. - Das Amt für Umwelt und Verkehrsplanung hat für einzelne Kommunen auch Bewertungen durchgeführt bzw. dabei geholfen, z.B. im Bereich der Brücken, Wirtschaftswege. - Für die Kreiswerke Heinsberg GmbH als gemeinsame Beteiligung des Kreises und der Städte und Gemeinden hat der Kreis in Abstimmung mit den Kommunen ein Bewertungsgutachten in Auftrag gegeben, um eine einheitliche Grundlage für die Eröffnungsbilanz zu erhalten. - Kostenmäßig lassen sich diese Positionen nicht bewerten. <p><u>Gemeinsame Beteiligungen</u> Eine besondere Form der interkommunalen Zusammenarbeit im weiteren Sinne sind Beteiligungen, z.B. die an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH zur Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaftsförderung, dem Trägerverein Museum</p>	<p>Im Bereich der EDV-Verfahren wird eine Zusammenarbeit bzw. einheitliche Lösung als sehr sinnvoll erachtet, es erscheint aber in der Praxis nur schwer realisierbar (wie unlängst der Versuch des Amtes für Soziales zeigte, welches u.a. zur erleichterten Zahlbarmachung von Sozialhilfe ein einheitliches Verfahren namens LÄMMkom LISSA anregte).</p>	<p>(Rechtsnachfolger des Regio Aachen e.V ab 01.01.2013) als Schnittstelle für Strukturentwicklung, Bildung, Arbeit und Kultur der Region Aachen, u.a. mit der StädteRegion sowie den Kreisen Euskirchen und Düren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) im Bereich des ÖPNV, u.a. mit der StädteRegion Aachen und dem Kreis Düren - Zweckverband Naturpark Schwalm-Nette, u.a. mit den Kreisen Viersen und Kleve
--	--	---	---	--

		<p>Heinsberg e.V. als Betreiber des Begas Hauses im Bereich der Kultur und dem Heinsberger Tourist Service e.V. (HTS) im Bereich Tourismus. Hierbei handelt es sich zwar nicht um die interkommunale Zusammenarbeit im engeren Sinne, da auch private Dritter Gesellschafter (KSK) bzw. Mitglieder sind, und auch keine der Rechtsformen aus dem GkG (Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit) besteht. Gleichwohl arbeiten hier insbesondere die Kommunen intensiv und konstruktiv zusammen.</p> <p>Die Kreiswerke Heinsberg GmbH ist eine interkommunale Gesellschaft mit dem Kreis, seinen zehn Städten und Gemeinden sowie der Gemeinde Niederkrüchten (aus dem Kreis Viersen). Die daraus resultierenden mittelbaren Beteiligungen für den Bereich ÖPNV und den Energiesektor kann man daher letztlich auch unter die interkommunale Zusammenarbeit fassen.</p> <p>Bei Beteiligungen, die den Kreis Heinsberg sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden betreffen, koordiniert der Kreis Heinsberg häufig das Anzeigeverfahren gem. § 115 GO und stellt den Kommunen hierbei Sitzungsvorlagen zur Verfügung, um den Arbeitsaufwand der Kommunen zu reduzieren. Somit können im Rahmen der Beteiligungsverwaltung bzw. für den Sitzungsdienst Doppelarbeiten vermieden werden.</p>		
Ordnungsamt (32)	ja	<p><u>Sachgebiet Feuerschutz, Katastrophenschutz</u></p> <p>Gemäß einer Vereinbarung der Hauptverwaltungsbeamten der Städte- und Gemeinden und dem Landrat des</p>	entfällt	<p><u>Sachgebiet Feuerschutz, Katastrophenschutz</u></p> <p>Vereinbarung zwischen der Veiligheidsregio Zuid-Limburg, der Veiligheidsregio Limburg-Noord und des Kreises</p>

		<p>Kreises Heinsberg wurde im Jahre 2013 eine zentrale Funkwerkstatt i.S. des § 1 Abs. 5 FSHG im Feuerschutzzentrum in Erkelenz eingerichtet. Dabei wurde auch einvernehmlich festgelegt, dass zur Wahrnehmung dieser Aufgaben im Feuerschutzzentrum ein Funkservice-techniker eingestellt wird. Die sächliche und technische Ausstattung für den Betrieb dieser Funkwerkstatt wurde durch den Kreis Heinsberg beschafft und eingerichtet.</p> <p>In der Funkwerkstatt werden alle Funkgeräte der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, insbesondere auch die zukünftig neu zu beschaffenden Digitalfunkgeräte für alle Feuerwehren, Hilfsorganisationen und den Rettungsdienst im Kreis Heinsberg so weit wie möglich programmiert, gewartet und repariert. Diese Leistung des Kreises ist grundsätzlich für die Städte und Gemeinden kostenfrei.</p> <p><u>Sachgebiet Rettungsdienst</u> Die RDHS arbeitet eng mit den Feuerwehren der Kommunen im Kreis Heinsberg zusammen. Neben regelmäßigen Übungen sind insbesondere zu nennen:</p> <p>Stadt Erkelenz: Regelmäßige Nutzung der Schulungsräume im Feuerwehrgerätehaus Erkelenz für Schulungen und Dienstbesprechungen.</p> <p>Stadt Heinsberg: Regelmäßige Nutzung der Schulungs-</p>		<p>Heinsberg über eine enge Kooperation in den Bereichen Katastrophenschutz und Krisenbewältigung.</p> <p><u>Sachgebiet Rettungsdienst</u> Kreis Düren: Mit dem Kreis Düren besteht eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur notärztlichen Versorgung von Teilen von Hückelhoven und Geilenkirchen durch den Notarzt aus Linnich. Darüber hinaus werden regelmäßig gegenseitig Rettungseinsätze im Rahmen der Nachbarschaftshilfe durchgeführt.</p> <p>Rhein-Kreis-Neuss: Mit dem Rhein-Kreis-Neuss besteht eine Kooperation in der Ausbildung des nichtärztlichen Personals in sog. erweiterten Versorgungsmaßnahmen, Dazu wird jährlich ein gemeinsames Kompendium mit Handlungsanweisungen durch die Ärztlichen Leiter Rettungsdienst veröffentlicht. Darüber hinaus werden gelegentlich gegenseitig Rettungseinsätze im Rahmen der Nachbarschaftshilfe durchgeführt.</p> <p>Städteregion Aachen, Kreis Viersen und Stadt Mönchengladbach: Mit o.g. Kreisen/Städten werden regelmäßig gegenseitig Rettungseinsätze im Rahmen der Nachbarschaftshilfe durchgeführt.</p> <p>Provinz Limburg Süd (NL): Hier besteht eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur grenzüberschrei-</p>
--	--	--	--	---

		<p>räume im Feuerwehrgerätehaus Heinsberg für Schulungen. Die RDHS stellt der Stadt Heinsberg im Rahmen der Brandmeisterausbildung Praktikumsplätze im Rettungsdienst sowie anschließend Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung der Einsatzpraxis zur Verfügung.</p> <p>Stadt Hückelhoven: Regelmäßige Nutzung der Schulungsräume in der Feuerwache Hückelhoven für Dienstbesprechungen.</p> <p>Stadt Übach-Palenberg: Bis Mai 2015 war der Rettungswagen Übach-Palenberg für die Dauer der Bauzeit einer neuen Rettungswache im Feuerwehrgerätehaus Übach-Palenberg stationiert.</p> <p>Stadt Wegberg: Nutzung der Infrastruktur der Feuerwache Wegberg zur Reinigung des Rettungswagens Wegberg.</p> <p>Durch o.g. Kooperationen entfallen bei der RDHS die notwendige Vorhaltung der Infrastruktur sowie die Betriebskosten.</p>		tenden Zusammenarbeit im Rettungsdienst und Katastrophenschutz
Straßenverkehrsamt (36)	ja	Seit etwa 15 Jahren schon nehmen die Bürgerbüros der meisten kreisangehörigen Kommunen Anträge der Bürger auf die Vornahme bestimmter Amtshandlungen im Bereich des Fahrerlaubnis- und des Fahrzeugzulassungswesens an; teilweise werden „einfache Dienstleistungen“ vorbereitet (Außerbetriebsetzungen) oder sogar dort vorgenommen (Adressänderungen). Die Kommunen erhalten dafür rd. 10 % der nach der GebOSt oder	Zurzeit wird überlegt, ob auf dem Gebiet der Geoinformation mit Unterstützung des Amtes 63 und gemeinsam mit den Kommunen des Kreises – angefangen mit den Kommunen im Zuständigkeitsbereich des Straßenverkehrsamtes als Straßenverkehrsbehörde nach § 45 StVO – die Anlegung eines gemeinsamen elektronischen Beschilderungskatasters sinnvoll und realisierbar sein könnte.	Es gibt in mehreren Fachbereichen des Amtes Arbeitskreise/Fachgruppen auf Sachbearbeiter- und Sachgebietsleiter-Ebene mit den Kolleginnen/Kollegen der Straßenverkehrsämter der hiesigen Region, teilweise auch mit den übergeordneten Behörden und sonstigen Institutionen, die ausschließlich dem fachlichen Austausch und der Abstimmung pragmatischer Verfahrensweisen im Alltagsgeschäft dienen.

		<p>anderen spezielleren Gebührenregelungen fälligen Gebühr. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen den Kommunen und dem Straßenverkehrsamt.</p> <p>Bei dieser Handhabung standen und stehen allerdings keinesfalls Gedanken an Synergieeffekte oder Kostenersparnisse im Fokus, sondern eindeutig der Bürgerservice.</p>		
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (39)	nein	entfällt	<p>In Ermangelung entsprechender Berührungspunkte in der täglichen Aufgabenbewältigung ist kein Tätigkeitsfeld ersichtlich, in dem eine Zusammenarbeit erstrebenswert wäre.</p>	<p>Es besteht eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Kreisen Düren und Euskirchen sowie der Städteregion Aachen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Tierkörperbeseitigung. Die Vertragsparteien bilden als beseitigungspflichtige Körperschaften auf der Grundlage der Vereinbarung eine Entsorgungsgemeinschaft, die die erforderlichen Leistungen Dritter gemeinsam ausschreibt, einkauft und abrechnet. Die Abwicklung der verwaltungstechnischen Tätigkeiten ist dem Kreis Düren übertragen.</p> <p>Daneben besteht eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Viersen über die Zusammenarbeit im Bereich der Überwachung der vom Tier stammenden Lebensmittel. Der Kreis Viersen untersucht auf der Grundlage dieser Vereinbarung gegen eine entsprechende Vergütung die aus dem Kreis Heinsberg stammenden Proben von Schlachttierkörpern, die zwingend auf den Befall mit Trichinen zu untersuchen sind.</p> <p>Über diese vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit hinaus besteht mit den Kreisen Düren und Euskirchen, dem Rhein-Erft-Kreis und der Städteregion</p>

				<p>Aachen eine nicht weiter formalisierte Zusammenarbeit in Form eines Arbeitskreises, der aus den Amtsleitungen und den Verwaltungsleitungen besteht. In diesem Arbeitskreis, der sich in der Regel vierteljährlich trifft, werden gemeinsame Vorgehensweisen bei gleichgelagerten Problemstellungen untereinander abgestimmt. In der Praxis führt dies hin bis zu verbindlichen Absprachen über die Höhe zu erhebender Verwaltungsgebühren in Fällen, in denen die gesetzlichen Regelungen lediglich Gebührenrahmen vorgeben.</p>
<p>Amt für Schule, Kultur und Weiterbildung (40)</p>	<p>ja</p>	<p>Die Zusammenarbeit besteht in einer Vielzahl von Arbeitskreisen, Gesprächsrunden, Dienstbesprechungen etc. mit den Kommunen. Insbesondere sind hier zu nennen:</p> <p><u>Runder Tisch Schulentwicklungsplanung</u> Der Kreisausschuss hat die Verwaltung in seiner Sitzung vom 16.09.2010 beauftragt, Vertreter der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu einem „Runden Tisch“ zum Thema „Kreisweite Schulentwicklungsplanung“ einzuladen und diesen zu moderieren.</p> <p><u>Schulverwaltungsämter</u> Die Leiter/innen der Schulverwaltungsämter der kreisangehörigen Kommunen sowie des Kreises treffen sich mindestens zweimal jährlich zu einer gemeinsamen Dienstbesprechung mit dem Schulamt.</p> <p><u>Netzwerk Denkmalschutz und Denkmalpflege</u> Zweimal jährlich treffen sich seit dem Jahr</p>	<p>entfällt</p>	<p>Eine Zusammenarbeit mit den Kreisen besteht bei folgenden Institutionen bzw. Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Landkreistag - Kooperation der Dezernentinnen/Dezernenten und Leiter/innen der Schul- und Schulverwaltungsämter der Kreise und kreisfreien Städte im Regierungsbezirk Köln - (Eu)regionale Kultur, Bildungs- und Wissensregion des Zweckverbandes Region Aachen - KI-Zusammenarbeit auf der Ebene des Zweckverbandes Region Aachen sowie mit Nachbarkreisen - Interkommunale Zusammenarbeit der Kommunalen Koordinierungsstellen - Leitungen der Regionalen Bildungsbüros - Regionalgruppe Krise - Beratungslehrerqualifizierung - Ausschüsse für den Schulsport - Arbeitsgemeinschaft der Schulämter im Regierungsbezirk Köln

		<p>2014 die unteren Denkmalbehörden im Kreis Heinsberg, die obere Denkmalbehörde und Vertreter des LVR-Amtes für Denkmalpflege im Rheinland zu einer gemeinsamen Dienstbesprechung.</p> <p><u>Kooperationen im Rahmen des Landesprogramms „Kultur und Schule“</u> Seit dem Jahr 2007 schließt der Kreis Heinsberg Kooperationsvereinbarungen mit den kommunalen Schulträgern im Kreis Heinsberg, die am Landesprogramm „Kultur und Schule“ teilnehmen.</p> <p><u>Kreiskulturkonferenz</u> Im Rahmen der Kreiskulturkonferenz, die in der Regel einmal jährlich tagt, tauschen sich Akteure des kulturellen Lebens aus dem Kreis Heinsberg aus (Beschluss des Kreisausschusses vom 09.07.2012).</p> <p><u>Regionale Bildungskonferenz</u> Im Jahr 2010 hat der Kreis Heinsberg einen Kooperationsvertrag mit dem Land Nordrhein-Westfalen abgeschlossen zur Durchführung „Entwicklung/Weiterentwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Kreis Heinsberg“. Die Gesamtorganisation dieser Kooperation erfolgt über eine Regionale Bildungskonferenz. In ihr arbeiten u. a. alle Schulträger, die Schulpsychologische Beratungsstelle, die „Kommunale Koordination“ des Kreises Heinsberg sowie das Schulamt zusammen.</p> <p><u>Integrationsbeauftragte</u> Das Kommunale Integrationszentrum</p>		<ul style="list-style-type: none"> - „Interkommunale Zusammenarbeit“ im Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW - Zusammenarbeit der Volkshochschulen auf Landesebene, innerhalb des Regierungsbezirkes Köln und der Region Aachen - Abiturskurs des Zweiten Bildungsweges in Kooperation mit dem Kreis Viersen - Fachberatung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
--	--	---	--	--

		<p>Kreis Heinsberg (KI) koordiniert, unterstützt und fördert den Prozess der Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Kooperation mit den Städten und Gemeinden sowie den in der Migrationsarbeit tätigen Organisationen (u. a. Volkshochschule) und Personen. Seit Beginn des Jahres 2015 vernetzt sich das KI mit den Integrationsbeauftragten bzw. den für diesen Aufgabenbereich benannten Mitarbeitern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.</p> <p><u>Zusammenarbeit Beirat Schule-Beruf</u> Im Kommunalen Integrationszentrum Kreis Heinsberg (KI) besteht eine Zusammenarbeit mit den fünf Jugendämtern im Kreis Heinsberg zur Etablierung von Sprachförderprogrammen in Kindertagesstätten. Eine weitere interkommunale Zusammenarbeit besteht im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms „Kein Abschluss ohne Anschluss“ durch die Teilnahme der kommunalen Schulträger und kommunalen Jugendämter im Beirat Schule-Beruf.</p> <p><u>Landessportfest der Schulen</u> Für die Durchführung der Schulsportfeste ist die Nutzung von Sportstätten der Städte und Gemeinden unabdingbar.</p> <p><u>Arbeitsgemeinschaft „Erziehungsberatung“</u> Die Schulpsychologische Beratungsstelle ist seit 2008 beratendes Mitglied dieser Arbeitsgemeinschaft.</p>		
--	--	--	--	--

	<p><u>Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) „Kinder- und Jugendpsychiatrie“</u> Die Schulpsychologische Beratungsstelle nimmt seit 2008 an den Sitzungen der PSAG „Kinder- und Jugendpsychiatrie“, die über das Gesundheitsamt koordiniert werden, regelmäßig teil.</p> <p><u>Trägerschaft der Volkshochschule</u> Gemäß Weiterbildungsgesetz NRW ist jede mittlere kreisangehörige Stadt verpflichtet, eine Volkshochschule zu betreiben; für die übrigen Städte/Gemeinden ist der Kreis zuständig. Demnach müssten im Kreisgebiet sieben Volkshochschulen errichtet und betrieben werden. Auf der Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung haben sich der Kreis und die entsprechenden Städte darauf verständigt, dass der Kreis Heinsberg für alle Städte und Gemeinden die Volkshochschule betreibt und unterhält. Somit wird die Pflichtaufgabe Weiterbildung von einer kreisweit tätigen Volkshochschule erfüllt.</p> <p><u>Gemeinsame Durchführung von insbesondere kulturellen Veranstaltungen</u> Die Volkshochschule des Kreises Heinsberg kooperiert mit zahlreichen Städten und Gemeinden und Vereinigungen und Vereinen bei der Durchführung von kulturellen (Groß-) Veranstaltungen. Des Weiteren arbeitet die VHS bei der Kursdurchführung in anderen Bereichen eng z. B. mit Schulen zusammen.</p> <p><u>Kostenvorteile:</u> Die Vorteile der beschriebenen Zusammenarbeitsformen liegen u. a. darin,</p>		
--	---	--	--

		dass auf die Erfahrungen Dritter zurückgegriffen werden kann, der Arbeitsaufwand durch die Zusammenarbeit von Partnern reduziert wird und Kräfte gebündelt werden.		
Amt für Soziales (50)	nein	entfällt	<p>Es wird Bedarf gesehen bei der Abwicklung der Sozialhilfe im Kreis. Die Aufgabe ist bekanntlich vom Kreis als dem Örtlichen Träger der Sozialhilfe teilweise auf die kreisangehörigen Kommunen delegiert. Durch interkommunale Zusammenarbeit in Form der Implementierung eines gemeinsamen ADV-Fachverfahrens für die Sozialhilfe ließen sich die für die Bewirtschaftung des Kreishaushaltes steuerungsrelevanten, sozialhilferechtlichen und sozialplanerischen Daten der kreisangehörigen Kommunen deutlich vereinfachter und zeitnäher gewinnen, die Abrechnung der von den kreisangehörigen Kommunen für den Kreis erbrachten Sozialhilfeleistungen ebenso deutlich vereinfachen und die Leistungserbringung als solche verbessern.</p> <p>Die im Februar 2014 begonnenen Verhandlungen zur Einführung des gemeinsamen Fachverfahrens sind im Juni 2015 endgültig gescheitert. Hierfür sind im Wesentlichen zwei Gründe zu nennen:</p> <p>a) Einige Kommunen hätten ihr derzeit genutztes Fachverfahren aufgeben und sich vollständig auf ein neues Fachverfahren einstellen müssen. Es wird ein hoher Aufwand für Datenmigration und Ein-</p>	nein

			<p>arbeitung befürchtet.</p> <p>b) Das gemeinsame Fachverfahren sollte aus Sicht des Kreises aus Kapazitätsgründen durch ein kommunales Rechenzentrum gehostet und technisch betreut werden. Bei einigen Kommunen fehlt die Bereitschaft, sich insoweit zu binden.</p>	
Jugendamt (51)	ja	<p>Im Jugendamtsbereich sind folgende Kooperationen zu nennen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle für den Kreis Heinsberg (Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen vom 12.02.2003 und 11.02.2008) - Familienhebammendienst im Rahmen der Frühen Hilfen (Öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 03.06.2014) - Jugendzeltplätze in Birgelen, Brachelen und Süsterseel (Finanzierung über die Allgemeine Kreisumlage. Stadtjugendämter haben keine eigenen Jugendzeltplätze) - Erziehungsberatungsstellen in Erkelenz, Geilenkirchen und Heinsberg Mit den Trägern der Erziehungsberatungsstellen und dem Kreis Heinsberg bestehen öffentlich-rechtliche Verträge. Einzugsgebiet gesamter Kreis. Die Stadtjugendämter haben keine eigenen Erziehungsberatungsstellen. Finanzierung über die Allgemeine Kreisumlage. Die Verträge werden zurzeit unter Mitwirkung der Stadtjugendämter überarbeitet. 	<p>Das Kreisjugendamt und die 4 Stadtjugendämter wollen eine gemeinsame EDV-Software zum Kindergarteninformationssystem anschaffen. Derzeit gibt es abschließende Überlegungen zur Wahl des Verfahrens.</p>	

		<ul style="list-style-type: none"> - Werkeinrichtung für Jugendliche in Hückelhoven und Schulwerkstatt in Geilenkirchen Mit dem Träger der Werkeinrichtung (und mit Schulwerkstatt) besteht ein öffentlich-rechtlicher Vertrag. Einzugsgebiet gesamter Kreis. Finanzierung über die Allgemeine Kreisumlage. Die Stadtjugendämter unterbreiten in diesem Bereich kein eigenes Angebot. - Schulwerkstatt in Erkelenz Mit dem Träger der Schulwerkstatt besteht ein öffentlich-rechtlicher Vertrag. - Gemeinsame Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII <ul style="list-style-type: none"> a) Hilfe zur Erziehung b) Erziehungsberatung c) Tageseinrichtungen für Kinder Die Arbeitsgemeinschaften bestehen seit 2000 auf der Grundlage von Geschäftsordnungen Geschäftsführung: <ul style="list-style-type: none"> a) Kreis Heinsberg b) Stadt Geilenkirchen c) Stadt Erkelenz <p>.....</p> <ul style="list-style-type: none"> d) Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII im Aufbau Geschäftsordnung Geschäftsführung entweder Kreis oder Stadt Heinsberg - Schulbegleitung im Rahmen der Eingliederungshilfe gemäß § 35 a SGB VIII Gemeinsame Vereinbarung der 5 Jugendämter mit der Schulaufsicht für den Kreis Heinsberg vom 14.08.2014		
--	--	--	--	--

		<ul style="list-style-type: none"> - Zusammenarbeit bei Sachthemen: <ul style="list-style-type: none"> a) Leitlinien für die Tagespflege Einheitliche Entgelte für die Vergütung von Tagespflegepersonen b) Ausgestaltung der Elternbeitrags-tabelle (Tageseinrichtung für Kinder und Tagespflege) Einheitliche Elternbeiträge c) Gemeinsame Vereinbarung der Jugendämter im Kreis Heinsberg mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Viersen (in der Vorbereitung) d) Gemeinsame Absprachen zu Sachthemen, sofern eine einheitliche Regelung für das Kreisgebiet geboten erscheint. 		
Gesundheits- amt (53)	nein	entfällt	<p>Gemäß § 5 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst NRW sind in NRW die Kreise und kreisfreien Städte sowie das Land Träger des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die in der Zuständigkeit der unteren Gesundheitsbehörden (Kreise und kreisfreien Städte) liegenden Aufgaben sind ihrem Wesensgehalt nach kaum gleichgelagert zu denjenigen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Von daher scheidet in diesem Aufgabengebiet eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen den beiden Verwaltungsebenen praktisch aus. In der Verwaltungspraxis wird hingegen in Aufgabenbereichen, in denen sich originäre Zuständigkeiten dieser Verwaltungsebenen schneiden, von Seiten der Gesundheitsbehörde sehr wohl</p>	<p>Auf der Grundlage dementsprechender Beschlüsse des Kreistages erfolgt – jeweils geregelt durch Verwaltungsvereinbarung – eine interkommunale Zusammenarbeit mit den unteren Gesundheitsbehörden der Stadt Düsseldorf (Beschluss vom 07.04.2011) und der Stadt Köln (Beschluss zuletzt vom 12.03.2015) hinsichtlich der Überprüfungs- und Erlaubnisverfahren im Heilpraktikerwesen.</p>

			eine Kooperation mit den kreisangehörigen Kommunen gepflegt (z. B. im Bereich der Gesundheitsförderung, insbesondere bei der Schulgesundheitspflege, mit örtlichen Schulträgern oder örtlichen Jugendämtern).	
Amt für Umwelt und Verkehrsplanung (61)	ja	<p>Im Bereich Umwelt und Verkehrsplanung des Kreises, zu dem die Sachgebiete Kreisstraßenbau, untere Landschaftsbehörde, untere Abfallwirtschaftsbehörde, untere Wasserbehörde, untere Bodenschutzbehörde, Abgrabungsbehörde und Öffentlicher Personennahverkehr gehören, besteht mit den Kommunen zu den Aufgabenkomplexen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Tief- und Straßenbau, Grünflächenpflege und den angeschlossenen Baubetriebshöfen sowie - Abfallwirtschaft <p>eine interkommunale Zusammenarbeit.</p> <p>In den seit 2011 einmal jährlich stattfindenden Zusammenkünfte des Arbeitskreises mit den zuständigen Verwaltungsleitern der Fachbereiche Tief- und Straßenbau, Grünflächenpflege sowie den Leitern der Baubetriebshöfe der Städte und Gemeinden und des Kreisbauhofes sowie der Amtsleitung und den Mitarbeitern des Amtes für Umwelt und Verkehrsplanung der Kreisverwaltung werden vorrangig Themen zu Aufgabenstellungen bzgl. der Unterhaltung von öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen, der adäquaten Pflege von Pflanz- und Biotopflächen und aktuellen Entwicklungen und Problemstellungen im</p>	<p>Seitens des Fachamtes wird derzeit der Bedarf zur Implementierung eines weiteren Arbeitskreises im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit nicht gesehen.</p> <p>Gleichwohl ist zu gegebener Zeit die Intensivierung der Zusammenarbeit aller Kommunen im Bereich der Konzeption und Weiterentwicklung von Energie- und Klimaschutzkonzepten im Kreis Heinsberg im Zuge der Energiewende und des Klimaschutzes wünschenswert.</p>	<p>Zur Realisierung projektbezogener Gemeinschaftsmaßnahmen werden bei Bedarf mit den Nachbarkreisen fachbereichsbezogene Arbeitsgruppen eingerichtet. Zu nennen ist diesbezüglich aktuell die Beteiligung des Kreises für das Gemeinschaftsprojekt mit der StädteRegion Aachen und dem Kreis Düren zur Neukonzipierung des „Rurufer-Radweges“.</p>

		<p>technischen Bereich erörtert. Konkret werden in diesem Arbeitskreis zum Sachstand der zentralen Streusalzbeschaffung für den Winterdienst und den jährlich anstehenden Präventivmaßnahmen zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners berichtet. Darüber hinaus wird im Arbeitskreis der Bedarf von Schulungsmaßnahmen der Mitarbeiter/-innen der Baubetriebshöfe und deren Koordinierung (z. B. Fortbildung zum Erwerb des pflanzenschutzrechtlichen Sachkundenachweises) besprochen und abgestimmt. Auf der letzten Arbeitskreissitzung am 25.06.2015 in der Kreisverwaltung wurden darüber hinaus auch als Themen die illegale Ablagerung von Abfällen an Straßenrändern und öffentlichen Grünflächen sowie der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf befestigten Flächen nach den aktuellen pflanzenschutzrechtlichen Regelungen erörtert.</p> <p>Durch die interkommunale Zusammenarbeit der Baubetriebshöfe des Kreises profitieren nicht nur alle Teilnehmer durch den informellen Austausch zu den vielfältigen Aufgabenstellungen in den technischen Fachbereichen, sondern diese haben auch einen wirtschaftlichen Aspekt. Neben der Bildung des kollegialen Netzwerkes ist beispielsweise durch den zentralen Einkauf des Streusalzes für alle kommunalen Baubetriebshöfe des Kreises dieses Warenliefergeschäft aufgrund der geordneten Liefermenge mit einem Preisvorteil verbunden. Darüber hinaus besteht ein weiterer Vorteil der gemein-</p>	
--	--	---	--

samen Salzbeschaffung darin, dass Engpässe bei der Streusalzbeschaffung - wie dieser vor einigen Jahren der Fall war - weitestgehend vermieden werden kann. Aufgrund der vertraglichen Gesamtliefermenge zzgl. einer sog. „Notfallreserve“ ist die Belieferung aller kommunalen Baubetriebshöfe mit Streusalz bis zum vollständigen Abruf der vertraglich vereinbarten Gesamtliefermenge vertraglich gesichert.

Durch den seit vielen Jahren bestehenden **Arbeitskreis „Abfallwirtschaft“** werden durch die untere Abfallwirtschaftsbehörde Informationen zu abfallwirtschaftlichen Themen und zur Abfallentsorgung im Kreis Heinsberg den kreisangehörigen Kommunen bekannt gegeben. Die Bedeutung dieser Arbeitskreis ist auch darin zu sehen, dass den kreisangehörigen Kommunen zeitnah die aktuellen Rahmenbedingungen zur Abfallentsorgung im Rahmen ihre Zuständigkeiten und Mitwirkung vermittelt werden. Dieses gilt insbesondere für die gemeindlichen Gebührenregelungen sowie den eigenen Vertragsangelegenheiten zur Abfallentsorgung. In der letztjährigen Sitzung des Arbeitskreises „Abfallwirtschaft“ wurden u. a. zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes des Landes NRW durch die untere Abfallwirtschaftsbehörde berichtet sowie den Teilnehmern die aktuellen Daten zur Siedlungsabfallbilanz für den Kreis Heinsberg zur Kenntnis gegeben. Des Weiteren waren im Arbeitskreis 2014 die Altpapier- sowie Altholzverwertung und deren mögliche Preisentwicklung Thema.

<p>Vermessungs- und Katasteramt (62)</p>	<p>ja</p>	<p><u>Geoportal</u> Das Vermessungs- und Katasteramt führt die Daten in den Bereichen Liegenschaftskataster und Geoinformation seit 2013 selbständig und eigenverantwortlich durch. Die Geobasisdaten für die kreisangehörigen Kommunen durch das Amt 62 werden über das Geodatenportal bereitgestellt. Die Bereitstellung bzw. Anbindung an das Geodatenportal erfolgt kostenlos.</p> <p><u>Arbeitskreis GIS (Geoinformationssystem)</u> Der seit 2012 bestehende Arbeitskreis hat insbesondere zum Ziel, durch die Vereinheitlichung von Standards behördliche Geodaten in das Geodatenportal zu integrieren, ohne Redundanz zu führen, einheitlich zu präsentieren sowie frühzeitig auf einheitliche dienstleistungsorientierte Produkterweiterungen hinzuwirken (z. B. Planungsinformations- und Beteiligungsserver). So wurde das Geodatenportal u. a. für kommunale Themen geöffnet, und es erfolgt eine Unterstützung bei der Visualisierung, Digitalisierung, Georeferenzierung und Pflege der jeweiligen kommunalen Geofachdaten durch das Amt 62.</p> <p><u>Planungsinformations- und Beteiligungsserver</u> Aus dem Arbeitskreis GIS wurde unter Federführung des Vermessungs- und Katasteramtes die Bildung eines Workshops mit dem Thema „Planungsinformations- und Beteiligungsserver“ initiiert. Alle Beteiligten konnten von einer gemeinschaftlichen Lösung überzeugt werden, so dass im Ergebnis der Planungsinfor-</p>		<p>Es besteht ein regelmäßiger fachlicher Austausch mit den Nachbarkreisen.</p>
--	-----------	--	--	---

		<p>mations- und Beteiligungsserver zum 01.07.2015 durch den Kreis angeschafft werden konnte.</p> <p>Durch die gemeinsame Nutzung wird erreicht, dass Bürger, Träger öffentlicher Belange und sonstige Fachämter in einem interkommunal einheitlichen System online in der gesetzlich vorgesehenen Form an Planungen beteiligt werden, Stellungnahmen einreichen können und die Planungsverfahren jederzeit im aktuellen Verfahrensstand einsehen können. Zugleich dient das System der digitalen Archivierung der Pläne sowie der vollständigen Historie inkl. aller Gutachten, Stellungnahmen, des Schriftverkehrs etc. bis zum aktuellen Planungsstand.</p> <p>Durch den gemeinsamen Auftrag zur Datenübernahme der Altbestände konnten einmalig ca. 10.000 € eingespart werden.</p> <p>Zusätzlich ergeben sich durch die gemeinsame Beschaffung und Nutzung bei den Betriebskosten in der Summe Kostensynergien von jährlich ca. 5.000 €. Weiterhin ergibt sich ein wesentliches Einsparpotenzial im Bereich der Vervielfältigungskosten, die alleine in der Kreisverwaltung die jährlichen Wartungs- und Betriebskosten für das Gesamtprojekt übersteigen dürften.</p> <p><u>Verbundbefliegungen</u></p> <p>Bisher wurden in zwei Zyklen Verbundbefliegungen durchgeführt mit dem Ziel, flächendeckend aktuelle Luftbilder in hoher Auflösung für das Kreisgebiet zu erhalten (Nutzung: Planung, Einmessungspflicht, Umweltschutz, Ge-</p>		
--	--	--	--	--

		<p>bühren, Entwässerung, Nutzungsarten etc.). Durch die gemeinsame Ausschreibung und Verteilung der Kostenlast (Kreis, Kommunen, Versorger) konnten die Aufwendungen derart niedrig gehalten werden, dass die Befliegung bei hoher Auflösung günstiger war als eine entsprechende Beteiligung an einer Befliegung des Landes NRW mit niedriger Auflösung.</p> <p><u>Bundesweiter Infrastrukturatlas</u> Es handelt sich um ein Geoinformationssystem mit Daten über die in Deutschland vorhandene Infrastruktur, die zum Aufbau von Breitbandnetzen genutzt werden könnte. Der Kreis (Amt 62) sammelt seit 2014 als bündelnde Stelle die digital vorhandenen Infrastrukturdaten der kreisangehörigen Kommunen und stellt sie der Bundesnetzagentur in einem einheitlichen Format zur Verfügung.</p> <p>Vorteil: Einheitliche Datenformate, ein zentraler Ansprechpartner</p>		
Amt für Bauen und Wohnen (63)	ja	<p>Seit dem 1. Jan. 2005 besteht eine vertragsbasierende Zusammenarbeit hinsichtlich der Tätigkeit als Bauaufsichtsbehörde mit der Stadt Übach-Palenberg. Auf Grundlage dieser Vereinbarung übernimmt der Kreis Heinsberg die Aufgaben der Bauaufsicht für den Bereich des Stadtgebietes Übach-Palenberg gegen Erstattung von anteiligen Personal- und Sachkosten und kehrt im Gegenzug die vereinnahmten Verwaltungsgebühren an die Stadt Übach-Palenberg aus. Es</p>	<p>Eine weitergehende Kooperation im Bereich der Bauaufsicht zwischen dem Kreis Heinsberg und den kreisangehörigen Kommunen, die über eine eigene Bauaufsicht verfügen, wäre zweifelsohne wünschenswert, um auch weitergehende Synergieeffekte nutzen zu können.</p> <p>Im Bereich der städtebaulichen Planungen ist zweifelsohne eine intensivere Zusammenarbeit er-</p>	nein

		<p>bestehen durch die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung enorme Synergieeffekte, da administrative Strukturen des Kreises Heinsberg in der Lage sind, mit vergleichsweise geringem Mehraufwand die bauaufsichtlichen Aufgaben für die Stadt Übach-Palenberg kostengünstig zu bewerkstelligen. Die Zusammenarbeit erfolgt reibungslos und zur Zufriedenheit der Beteiligten.</p> <p>Im Bereich der kommunalen Planungshoheit der kreisangehörigen Kommunen, die der Bauaufsicht des Kreises Heinsberg unterliegen, erfolgt regelmäßig eine umfangreiche Beratung durch den Kreis Heinsberg und eine wechselseitige Abstimmung, insbesondere bei größeren Projekten. Diese Zusammenarbeit erfolgt nicht im Rahmen reglementierter Vorgaben, sondern nur anlassbezogen.</p>	<p>strebenswert und wird auch seitens des Kreises Heinsberg entsprechend forciert und moderiert. Allerdings ist eine formalisierte Zusammenarbeit wegen des verfassungsrechtlichen Grundprinzips der kommunalen Planungshoheit nicht möglich.</p>	
--	--	--	---	--